



Solidarität mit den Telekom-Beschäftigten in den USA

Nachricht von Gregor Gysi, Sabine Zimmermann, 14. Mai 2013

Gregor Gysi und Sabine Zimmermann treffen
Gewerkschafter von T-Mobile USA

Gregor Gysi und Sabine Zimmermann im Gespräch
mit Gästen aus den USA

In dieser Woche ist eine Delegation von Callcenter-Beschäftigten der Telekom-Tochter "T-Mobile USA" und Gewerkschaftern der US-Gewerkschaft CWA zu Besuch in Deutschland. Sie wollen über die beschäftigten- und gewerkschaftsfeindliche Unternehmenspolitik der Telekom-Tochter in den USA aufklären und trafen sich auch mit Linksfraktionschef Gregor Gysi und der Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann, die zugleich Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales ist.

Was die Beschäftigten berichteten war erschreckend. Victoria Singer, T-Mobile Kundendienstmitarbeiterin, New Mexico: "Die Arbeitsbedingungen bei T-Mobile sind extrem stressig. Die Beschäftigten haben keinen Arbeitsvertrag und können jederzeit ohne Angabe

von Gründen gekündigt werden. Die fast unerreichen Leistungsvorgaben setzen alle Beschäftigten enorm unter Druck und das Management nutzt fragwürdige Methoden wie Einschüchterung und Erniedrigung, um uns zu besseren Leistungen zu 'motivieren'." In der Vergangenheit seien Mitarbeiter dazu gezwungen worden Eselsmasken zu tragen, um sie zu brandmarken. Es gibt Fälle, dass Beschäftigten der Gang und die Zeit auf der Toilette als Urlaubszeit angerechnet wird.

Verhältnisse wie aus dem 19. Jahrhundert

Gregor Gysi sicherte den Beschäftigten Unterstützung zu. Er sprach davon, dass die geschilderten Fälle sich wie Verhältnisse aus dem 19. Jahrhundert anhören und jeglicher zivilisatorischer Fortschritt fehle. Die Politik müsse der globalisierten Wirtschaft etwas entgegen setzen. Er will das Gespräch mit dem Telekom-Vorstand Deutschland suchen und mithelfen, öffentlichen Druck aufzubauen. Die Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann versprach, das Problem im Parlament erneut zur Sprache zu bringen. Der Bund ist noch der größte Einzelaktionär des ehemaligen Staatsunternehmens und könne seinen Einfluss geltend machen. Die Bundesregierung dürfe hier nicht aus der Verantwortung entlassen werden.

Weil in den USA der gesetzliche Arbeitnehmerschutz schlecht und unzureichend ist, sind dort Gewerkschaften besonders gefordert. Aber hier beginnt das Problem der Gewerkschaftsverhinderung und -zerschlagung durch die Geschäftsführung von T-Mobile USA. Beschäftigte versuchen ihre Situation zu verbessern, indem sie sich gewerkschaftlich organisieren. "Aber T-Mobile hat uns bislang aufs Härteste bekämpft", sagt Victoria Singer. "Wir

kommen nach Deutschland, um die Deutsche Telekom, den Mutterkonzern der T-Mobile, zu fragen, warum wir wie Beschäftigte zweiter Klasse behandelt werden? Warum verweigern sie uns, den amerikanischen Beschäftigten, grundlegende Arbeitnehmerrechte?“

Unternehmen unterbinden Einfluss der Gewerkschaften mit allen Mitteln

Tammy Chaffee war selbst lange Jahre im Kundendienst eines Telekommunikationunternehmens beschäftigt und arbeitet nun als Organizerin bei der CWA. Sie beklagt: "Es ist nahezu unmöglich mit den Beschäftigten in Kontakt zu kommen. Das Unternehmen verbietet uns, auf den Parkplatz zu gehen, da es Privatgelände ist und jedes Mal, wenn wir versuchen, mit den Leuten auf dem Parkplatz ins Gespräch zu kommen, rufen die Manager die Polizei." Sicherheitsleute hätten auch schon Fotos von Beschäftigten gemacht, die mit den Gewerkschaftsaktivisten der CWA gesprochen haben. "Wir haben leider nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten uns dagegen zu wehren. In den USA gibt es nur ein sehr schwaches Arbeitsgesetz. Das Unternehmen arbeitet mit gewieften Anwälten, die darauf spezialisiert sind, Gewerkschaften zu zerschlagen und sie wissen genau, wie weit sie gehen können, ohne haftbar gemacht zu werden.“

Nach dem Bekanntwerden der Geschäftspraktiken von T-Mobile USA im November vergangenen Jahres hatte DIE LINKE den Fall als erste Partei im Bundestag im Plenum und im Arbeitsausschuss thematisiert. Darauffolgend wurde auch die SPD aktiv. Nachdem die Bundesregierung sich zunächst zurückhaltend verhielt, teilte sie kürzlich mit, die beklagten Missstände bei T-Mobile USA seien Einzelfälle und abgestellt. Sie würde keinen

Handlungsbedarf sehen.

linksfraktion.de, 14. Mai 2013